

## Landtags-Verhandlungen. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 9. Januar.

Die 15. Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde um 10 1/2 Uhr vom Präsidenten v. Forderbeck eröffnet.

Am Ministertisch: Graf Eulenburg, Minister Camphausen und mehrere Kommissarien.

Präsident v. Forderbeck eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen über Urlaubsgefuche und eingelaufene Schriftstücke, unter denen sich eine Statistik der Schullehrer-Seminare befindet, die der Kultusminister als Vorbereitung für weitere Schritte in dieser Materie zusammengestellt hat. Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung mit dem

Bericht der Budgetkommission über den Entwurf betreffend die Ueberweisung einer Summe von jährlich 142,000 Thlr. und eines Kapitals von 46,380 Thlr. an den landständischen Verband des Regierungsbezirks Wiesbaden. — Der Verband soll fortan den Neubau aller Chaussees, mit Ausschluß dreier Wege im Kreis Biedenkopf übernehmen; ferner das gesammte Jren- und Taubstummenwesen; endlich soll das Kapital von 46,380 Thlr., welches bisher nur zu gemeinnützigen Zwecken verwendet wurde, zur Gründung einer kommunalständischen Hilfskasse dienen.

Die Kommission ist mit dem Gesetzentwurf einverstanden; nur zu § 1 beantragt sie einen Zusatz: „Vorbehalten bleibt im Wege der Gesetzgebung die technische Bauleitung, sowie die Unterhaltung der auf Grund dieses Gesetzes neu zu erbauenden Chaussees unter Regulierung der Kostenlast dem kommunalständischen Verbands zu übertragen.“

Der Zweck dieses Zusatzes besteht darin, jetzt schon in Aussicht zu nehmen, daß in Zukunft die Frage wegen der technischen Bauleitung, wegen Unterhaltung der neu zu bauenden Chaussees und die hierdurch bedingte Vertheilung der Kosten gesetzlich und anders, als gegenwärtig, geordnet werde.

In Konsequenz mit diesem Beschluß zu § 1 wird beantragt, den § 3 der Regierungsvorlage, welcher die Verwendung der qu. Summen zu anderen als den angegebenen Zwecken für unstatthaft erklärt, zu streichen. Die übrigen Paragraphen werden unverändert zur Annahme empfohlen.

In der Generaldebatte bekämpft Elsner v. Gronow den Entwurf, da die so reichlich gebotenen Mittel nur eine Prämie von Chausseebauten sein würden und die Nassauer veranlassen könnten, ihr Land völlig zu macadamisiren, so daß nichts mehr in Nassau wachsen würde. (Heiterkeit.) Es sei ungerath, die Nassauer derartig zu bevorzugen gegen die alten Provinzen. Letztere haben seit Jahren die schwersten Militärlasten ertragen und kein Geld zu Chausseebauten erhalten; während jene sich an den zahlreichen Spielhöhlen mästeten (Oh! oh!) ohne wesentliche Lasten zu tragen.

Abg. v. Brauchitsch (Platon) will Nassau ebenso behandelt wissen, wie Hannover und Hessen, als sie an Preußen fielen. Die genannten Summen sollen nicht bloß zum Chausseebau, sondern auch für das Jren- und Taubstummenwesen verwendet werden und hierfür erscheinen sie auch durchaus nicht zu groß.

Graf Wingerode zieht eine Parallele zwischen den Verhältnissen zu der Zeit, in welcher man Hannover und Hessen mit Provinzialfonds versah und der jetzigen Lage der Dinge, wobei er findet, daß das damals ins Gewicht fallende Moment der Verpöbnung, der leichteren Amalgamirung der neuen und alten Provinzen, jetzt nicht mehr zwingend sein kann. Nicht aus Finanzgründen ist Redner daher gegen die Vorlage, sondern nur aus Gerechtigkeitsgründen, wenn er verlangt, daß für die alten Provinzen zuvor auch etwas Ähnliches gethan werden solle, wie für die neuen.

Minister Graf Eulenburg befreit, daß für die Bewilligung der Provinzialfonds an Hannover der Grund der Ausöhnung entscheidend gewesen sei. Die Zweckmäßigkeitsgründe waren entscheidend und sind es auch heute bei Nassau, welches denselben Anspruch wie jene Provinzen auf Zuwendung von Fonds hat. Darüber, daß auch die alten Provinzen Provinzialfonds bekommen sollen, herrscht Einverständnis und es haben bereits weitverbreitete Korrespondenzen und Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressorts stattgefunden, wenn auch ohne großen Erfolg. Ebenso scheiterte die Vorlage, welche die Provinzialfonds den Provinzen als Eigentum überweisen wollte. Zweckmäßig wird die Ueberweisung erst dann erscheinen, wenn die administrative und kommunale Organisation der Provinzen völlig ausgeführt ist. Auch jetzt nicht die Mittel dazu vorhanden; sie werden aber da sein, sobald Frankreich alle seine Verpflichtungen erfüllt hat. Der Zeitpunkt, in dem diese

beiden Gesichtspunkte zur Erfüllung gekommen sein werden, muß abgewartet werden.

Nachdem Abg. Winter (Wiesbaden) die Nassauer gegen die Angriffe des Abgeordneten v. Gronow verteidigt hat, wird die Generaldebatte geschlossen und die Spezialdebatte eröffnet, in welcher zunächst bei § 1 Graf Wingerode erklärt, in Folge der Worte des Ministers Graf Eulenburg für die Vorlage stimmen zu wollen.

Abg. Elsner v. Gronow bleibt bei der Ablehnung der Vorlage stehen, indem er nachweist, daß Nassau schon jetzt günstiger behandelt worden, als andere Provinzen; Hahn bestreitet dies und verweist andererseits darauf, daß die Leistungen Nassau's an den Staat viel größer seien, als die anderer Provinzen.

Nach Schluß der Debatte referirt Abgeordneter Lasker über die Stellung der Kommission zu der Frage, sowie über die in der Kommission angenommenen, oben mitgetheilten Anträge, welche die Berücksichtigung der Selbstverwaltung deutlich zu erkennen geben.

Hierauf wird die Vorlage nach den Kommissionsvorschlägen angenommen und zur Beratung des Etats des Ministeriums des Innern übergegangen.

Abg. Graf Wingerode spricht gegen die Anträge der Kommissarien.

Abg. Löwe erklärt die Theorie, welche der Minister über die Polizeiverwaltung aufgestellt hat, für unrichtig, da vor dem Staate die Gemeinde da war, daß auf dieser der Staat sich aufgebaut hat. Nicht die Polizeiprääsidenten sind maßgebend in ihren Urtheilen hierüber, sondern die Kommunen selbst müssen gefragt werden; sie haben selbst das größte Interesse daran, daß Ordnung aufrecht erhalten werde.

Abg. Seife ist der Ansicht, daß, wenn nicht viele und höhere Rücksichten die Regierung veranlassen, die Leitung der Polizei in der Hand zu behalten, sie ganz gewiß als erste die Polizei abgeben würde. Die Frage, ob der Staat größere oder geringere Kosten hierfür trägt, fällt nicht so ins Gewicht, als der Vortheil, den eine energische einheitliche Leitung der Polizei bringt, und der bei einer kommunalen Polizeiverwaltung nach Ansicht des Redners nicht erreicht werden kann.

Redner meint, wenn in der letzten Zeit in Paris die Staatspolizei statt der Gemeindepolizei gebildet hätte, dann wären die Verhältnisse wohl nicht so gekommen.

Abg. Schulze (Berlin) weist darauf hin, daß gerade unter Napoleon die Ausdehnung der Polizeiherrschaft nichts zu wünschen übrig ließ, daß aber gerade der Sozialismus von dieser Polizeiwirtschaft groß gezogen worden sei. Gegen Sozialismus wie gegen Ultramontanismus ist nicht Polizeimacht, sondern nur Bildung allein wirksam. (Gelächter im Centrum.)

Nach Schluß der Diskussion und einer persönlichen Bemerkung des Abg. Seife folgt Spezialdebatte über die einzelnen Titel und Anträge.

Nachdem Abgeordneter Reichensperger nochmals seine Gründe für den Antrag der Kommissarien recapitulirt hat, wird über die einzelnen Positionen abgestimmt.

Als „künftig wegfallend“ wird bezeichnet das Gehalt der Polizeiprääsidenten in Danzig und Stettin.

Bei Gelegenheit der Position für Magdeburg bringt Abg. Richter (Hagen) das Verhalten des Polizeiprääsidenten in Magdeburg in der Ausübung der Theaterpolizei zur Sprache. Bisher haben die Betreffenden, die sich an das Ministerium des Innern gewandt haben, noch keine Antwort erhalten. Die dortige Polizeiverwaltung hat einen Coder von selbst aufgestellten Bestimmungen zusammengetragen. Zwar in Berlin kommen Originalsoldaten, täuschende Maschinen z. B. des Grafen Wrangel auf die Bühne; dort in Magdeburg ist das nicht erlaubt. Für das Polizeipräsidium, die Kommandantur, den Polizei-Inspektor, die Kommissare, Schutzmannen und Gendarmen, die Ronde-Offiziere sind Plätze freizubehalten. Vor 50 Jahren hatte allerdings die Polizei ernste Obliegenheiten im Theater zu erfüllen, heute nicht mehr. Der Magdeburger Polizeiprääsident verlangt für sich zwei Logen auf Grund eines alten Ministerial-Reskripts; obwohl der Theater-Direktor sich hierin fügte, so entstand ein neuer Konflikt, da der Direktor nur zwei Stühle in die Loge stellte, der Präsident aber vier haben wollte. Hierfür verfiel der Direktor in Strafe, ebenso dafür, daß der Schließer die Tochter eines Polizeiraths nicht in die Loge einlassen wollte. Als Stellvertreter, der den Einlaß zu verlangen hätte, kann diese Dame doch nicht gelten; dennoch hat diese Ansicht dem Direktor Geldstrafen zugezogen.

Minister Graf Eulenburg: Bisher konnte in Folge der Nachfragen über die Angelegenheit der Sache noch nicht entschieden werden; der Bescheid ist entworfen und wird nachstens erfolgen. Hier darüber

weitere Auskunft zu geben, halte ich nicht für zweckmäßig und wird auch wohl nicht vom Herrn Redner verlangt; der Zweck, den er mit solchen Ausführungen erstrebt, ist ja erreicht. (Beifall rechts.)

Die Debatte über die verschiedenen Titel, welche die Polizeiverwaltung betreffen, wird verbunden.

Es beziehen sich hierauf eine Reihe von Anträgen. Zunächst beantragen die Kommissarien des Hauses, die Befolgungen der Präsidenten, resp. Direktoren der Polizeiverwaltungen in den 5 Städten: Danzig, Stettin (mit Außenbezirk), Magdeburg (mit Sudenburg), Köln (mit Deutz) und Aachen als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen.

Abg. Dunder wünscht möglichste Einschränkung der Königl. Polizeiverwaltungen in den Städten, insbesondere Einziehung der Polizeiverwaltungen in Königsberg, Danzig, Stettin, Magdeburg, Koblenz, Köln mit Deutz und Aachen.

Abgeordneter Vogtherr beantragt, auch Frankfurt a. M. in die vorhergenannten Anträge aufzunehmen.

Zu der Generaldebatte verteidigt Abgeordneter Reichensperger den Antrag der Kommissarien mit dem Hinweis auf die Uebelstände, vor Allem die großen Kosten, welche aus dem Polizeigesetz vom 11. März 1850 dem Staate erwachsen. Sie belaufen sich augenblicklich auf 1,037,000 Thlr., wozu die Beamtengehälter und Pensionen noch hinzutreten, auf Grund eines Urtheils des Obertribunals von 1861.

Abg. v. Lattorf ist mit dem Antrage der Kommissarien deshalb nicht einverstanden, weil durch sie die Regierung außer Stande gesetzt wird, den Moment, den sie für die Uebertragung der Polizeiverwaltung an die Kommunen geeignet hält, selbst zu bestimmen.

Abg. Hähner befürwortet den Vogtherr'schen Antrag.

Abg. Wagner (Franzburg) glaubt, daß nicht genügende Gründe für die Streichung der Polizeiverwaltungen in den benannten Städten vorhanden sind; er kann sich nur mit dem unter dem Namen Dunder's mitgetheilten Antrag eines Theiles der Kommissarien einverstanden erklären; ein Gleiches thut der Abg. Mitschke-Gollande.

Minister Graf Eulenburg interpretirt die Städte-Ordnung anders als Reichensperger, indem er die Ausübung der Polizeigewalt für den Staat allein im Verstande nimmt. In die Städte kann sie nur übertragen werden, und da, wo sehr starke Vertheilung stattfindet, vernimmt sich der kommunale und lokale Charakter so sehr, daß eine lokale und kommunale Verwaltung nicht ausreichen würde, so also z. B. in Berlin, in allen großen Seestädten.

Wollte ein Bürgermeister in solchen Städten immer energisch seiner Pflicht nachkommen, so würde er sich häufig mit der halben Stadt in Konflikt setzen und dadurch die Stellung der Obrigkeit eine schiefe werden. Eine Uebertrag der Polizeigewalt an die Kommune wird stets mehr oder weniger ein Danaergeschenk sein. Was die einzelnen Städte betrifft, welche man benannt hat, so hat eine genaue Nachfrage bei den Polizeiverwaltungen ergeben, daß die staatliche Leitung dort sehr nöthig ist, beispielsweise in Köln, welches nächst Berlin bei dem großen Fremdenkongress am meisten der energischen Polizeiverwaltung bedarf. Es ist richtig, daß der Kreis der jetzt bestehenden Königl. Polizeiverwaltungen eingeengt werden kann, aber über den Augenblick, in dem dies geschehen kann, kann nur die Regierung entscheiden. Gerade die heutigen Verhältnisse, die sozialen Bewegungen machen es recht anschaulich, wie sehr die Behörden machen müssen; ein übereinstimmendes energisches Handeln ist aber nicht möglich, wenn die Verwaltung nicht eine einheitliche ist.

Abg. Parisius fragt an, ob der Minister Kenntniß davon habe, daß der Polizei-Direktor von Hannover, v. Brandt, Mitglied des Verwaltungsraths einer Aktien-Gesellschaft sei, welche zwei große Vergnügungsorte besitzt. Selbstverständlich müsse ihn diese Stellung sehr leicht in Konflikte mit seinem Amt bringen.

Minister des Innern: Ich höre zum ersten Mal von der Sache. Ich werde sofort Bericht einfordern, und Herrn v. Brandt anweisen, aus der Aktien-Gesellschaft auszutreten.

Bei dem Etat für Frankfurt a. M. erklärt Abg. Kugler gegen das Amendement Vogtherr (Mitnahme der Befolgung des Frankfurter Polizeiprääsidenten unter die „künftig wegfallenden“), daß die Frankfurter sehr zufrieden mit diesem Beamten wären, und daß er es sehr bedauern würde, wenn der Mann heute stürbe. Der Minister des Innern bemerkt, daß die Ernennung des Frankfurter Polizeiprääsidenten auf einem Gejez beruhe. Das Amendement Vogtherr wird abgelehnt, ebenso das analoge Heberes, das sich auf Wiesbaden bezieht.

Bei dem Etat für Berlin spricht Abg. Eberty:

Als Kommissarius des Hauses habe ich an die Reglerungs-Kommissare die Anfrage gerichtet, wie der in Berlin zunehmenden Unsicherheit zu steuern sei. Die Londoner Constabulary ist weit zahlreicher, als die Berliner Schutzmannschaft. Bei 3 1/2 Millionen Einwohnern hatte London im Jahre 1870 nahe an 10,000 Constables, also etwa einen Constable auf 350 Einwohner; in Berlin kommt erst auf 751 Personen ein Schutzmann. Indes die verbrecherischen oder doch gefährlichen Elemente sind in London stärker als hier, so daß man vielleicht mit dieser Zahl auskommen könnte mit Hinzurechnung der noch einzustellenden 149, wären diese in der That sämmtlich im Sicherheitsdienst verwendet. Es kommen aber von der Gesamtzahl der 1094 in Abgang 514, indem z. B. 75 als Schreiber und Ordnonnanz beschaftigt, 53 in der Ausbildung begriffen sind, 64 waren in Elsaß und Lothringen, so daß am 1. September 1871 überhaupt nur 580 im Dienst waren. Diese waren noch dazu auf die Reviere ganz ungleich vertheilt; auf dem Revier 43 z. B. mit 34,000 Einwohnern 7, dagegen 21 im Revier 2 mit 6900 Einwohnern. Dies mag sich aus der besonderen Beschaffenheit der Reviere rechtfertigen, aber dann ist eine Darlegung der Gründe wünschenswerth. Während in London zwei Drittel sämmtlicher Schutzmannen zum Nachdienst verwendet werden, trifft man in Berlin des Nachts keinen Schutzmann auf der Straße. Dennoch sind die Kosten der Polizei in London nicht so hoch, als bei uns. Dort betragen sie auf den Kopf der Bevölkerung einen Thaler, bei uns beinahe zwei Thaler. Bei uns vertheilen sich die Kosten auf Staat und Stadt; ich glaube aber, es wäre besser und billiger, wenn die Kommune die Polizeiverwaltung allein führte. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen. (Derfelbe geht dahin: die Staatsregierung aufzufordern, sich wegen Uebertragung der Polizei-Verwaltung der Stadt Berlin mindestens sobald als möglich der Strafen-, Bau-, Gewerbe-, Markt-, Sitten-Polizei-Verwaltung, sowie des Einwohner-Meldeamts an die Kommune mit dem Magistrat zu Berlin in Einvernehmen zu setzen.)

Abg. Engelken (Polizeipräsident in Potsdam) widerspricht dem Vorredner Punkt für Punkt; in Bezug auf die nicht abzuweisenden Einwürfe gegen die Sittenzustände Berlins citirt er: „Laßt uns besser werden, dann wird's besser sein.“ Die Polizei allein könne die wachsende Bier nach Genuß nicht unterdrücken; die Rückkehr zur Zucht und Sitte lasse sich nicht durch Zwangsmaßregeln erwirken. Die liberale Partei rufe mit dem Zauberbehl: „Herr! die Noth ist groß! die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!“

Abg. Birchow unterwirft in 1/2stündiger Rede die Stellung der Königl. Polizei zur Kommune Berlin einer eingehenden Kritik. Grundlage derselben sei das falsche patriarchalische Verhältniß, das seit Hindelbey vom Polizeipräsidium eingenommen worden und eine ganz eigene Doktrin, ja sogar eine mythologische Figur, den „Strafensiskus“ hervorgebracht habe (Heiterkeit), welche behauptet, Eigentümer aller Straßen, öffentlichen Plätze zu sein. Im Jahre 1863 hat das Polizeipräsidium einseitig die Konzession zu Pferdebahnen ertheilt und der Handelsminister hat sich auf das Prinzip gestützt, daß die Straßen dem Fiskus gehören. Daraus entstünden schwere Konflikte. Es entspreche daraus ein tiefes Mißtrauen, z. B. daß die Polizei mit der englischen Wasserleitungs-Gesellschaft über Verlängerung ihres Privilegiums verhandelt, obwohl dieselbe die Spülung und folglich die Kanalisation unmöglich mache. Ja, in der Versammlung der englischen Aktionäre sei eine Vertheilung eines Theils der neu zu emittirenden Aktien an offizielle Personen in Berlin beschloffen worden. (Hört!) Engländer, die seit Jahren unter uns leben, müßten also Königl. Beamte für käuflich halten. Die Sittenpolizei könne man gern dem Minister des Innern überlassen, aber nicht die Hauptpolizei, die gegen die Stadt mit großer Rücksichtslosigkeit geübt werde. Mit der Vermehrung der Kräfte der Criminal-Polizei sei es nicht gethan, sondern auf die Vertheilung der Arbeit komme es an, auf die sachgemäße Verwendung der vorhandenen Kräfte. Man dürfe die Schutzmannen nicht zu unnützem Schreibwerk oder gar zur Sammlung des Materials für Adresskalender verwenden. Mit Eberty's Antrag sei er durchaus nicht einverstanden und zöge daher vor, ihm folgende Zusage zu geben: die Königl. Staatsregierung aufzufordern, wegen Uebertragung einzelner Zweige der städtischen Polizeiverwaltung auf die Kommune sich mit dem Magistrat in Einvernehmen zu setzen.

Abg. Eberty zieht seinen Antrag zu Gunsten des Birchow'schen zurück.

Der Minister des Innern lenkt die Mehrzahl der Angriffe gegen das Berliner Polizei-Präsidium von sich ab und dirigirt sie an die Adresse des Handelsministeriums. Er befragt das unerfrenliche

Verhältnis zwischen Magistrat und Polizeipräsident und giebt zu, daß nicht immer Seitens des letzteren richtig verfahren worden sei; aber auch von der anderen Seite sei peccirt worden. Der Mythos vom Strafenstufes sei doch nicht so ganz grundlos, und es sei nur zu wünschen, daß er in seiner wahren Bedeutung durch ein gerichtliches Verfahren konstatiert werde; aber seit 10 Jahren warte man vergeblich darauf, daß die Stadt klage. Der höchste Gerichtshof habe in Sachen einer andern Stadt entschieden, daß einzelne Straßen einem Andern gehören können, als der Kommune, und nur um einzelne Straßen, nicht um alle handle es sich. Die Verlängerung des Kontraktes mit Kliff hat der Minister annullirt, aber die vorhandenen Säulen, die auf fiskalischem Boden stehen, seien Eigentum des Polizeifiskus geworden, der sie Kliff zur Benutzung übergeben habe. Auf städtischem Grunde könne nach der Gewerbeordnung Jedermann Anschlagssäulen errichten, wenn er sich mit der Stadt als Eigentümerin des Bodens abfindet und den sonstigen polizeilichen Vorschriften bezüglich des Anschlagwesens genügt. Die Pferdebahnen bedürften der polizeilichen Konzession, die jedoch nicht zu verwechseln sei mit der Zustimmung des Eigentümers des Bodens, die Rechte der Stadt seien also durch die erteilten Konzessionen nicht präjudizirt. In Betreff der Wasserleitung habe er nie von einer andern Absicht gehört, als sie der Stadt zu übergeben, falls sie ihr nur nicht zu theuer ist; es sei möglich, daß die Stadt 4—5 Millionen auf einem Brette dafür zahlen müsse, also eine ihr nicht konvenirende Summe, und es daher vorzuziehen werde, mit einer eigenen Leitung neben der englischen zu konkurriren, wie zwei Gasgesellschaften nebeneinander beständen. Die Sache werde nächstens an die Vertreter der Stadt gelangen. Auf den Vorgang in der Versammlung der englischen Aktionäre habe ihn der Polizeipräsident v. Warmb aufmerksam gemacht und die Notiz von der Verteilung von Aktien sei auch ihm (dem Minister) verdächtig vorgekommen. Sollte die Absicht vorliegen, königliche Beamte zu bestechen, so könne man darüber nur lachen. Nachwächter mögen besprochen werden, (Abg. Dunder: Auch andere Beamte sind bestochen worden!), aber nicht königliche Beamte. Nachwächter haben 8 Sgr. pro Tag.

Der Etat der Polizeiverwaltung in Berlin mit dem Antrage Birchow's wird genehmigt.

Schluß der Sitzung 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Beschluß über die geschäftliche Behandlung der neuesten Vorlagen. Budgetberatung. Ministerium des Innern und des Handels.

### Ausland.

**Wien, 7. Januar.** Es ist gewiß, daß in die Adresse ein Passus aufgenommen werden wird, welcher die Nothwendigkeit betont, noch in dieser Reichsraths-session die Wahlreform vorzunehmen; im Adressausschuß ist wenigstens den Ministern ohne Rückhalt eröffnet worden, die Verfassungskommission könne dem unzuverlässigen polnischen Elemente keine Konzessionen machen, wenn nicht gleichzeitig von den galizischen Deputirten die Gegenkonzession der direkten Wahlen für die übrigen Länder des Reiches gemacht werde. Die Regierung wird nun zunächst die Novelle zum Nothwahlgesetz als Vorlage einbringen, um sich mit Hilfe desselben die erforderliche Zweidrittelmajorität zu sichern, da ihr unter den gegenwärtigen Umständen wohl nichts Anderes übrig bleibt, als die Wahlreform in Angriff zu nehmen.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Lonyay ist wieder nach Pesth zurückgekehrt, nachdem die Poulparlers mit den Vertrauensmännern der kroatischen Nationalpartei zu einem definitiven Resultate nicht geführt haben; gleichwohl sind die Unterhandlungen nicht als abgebrochen zu betrachten, zumal die Nationalen im Vergleich zu ihren früher geäußerten Forderungen zu bedeutenden Konzessionen geneigt sein sollen. Sie negiren nicht mehr das Prinzip der Union; sie fordern bloß innerhalb dieses Prinzips eine größere Summe von Konzessionen. Vergessen darf man dabei freilich nicht, daß das Prinzip der Union sehr elastisch ist und daß sich in den Rahmen desselben ein Uebermaß von Präzedenzen hineinbringen läßt. Soll doch sogar von einer Art „Personalunion“ zwischen Kroaten und Ungarn gesprochen worden sein, also einer staatsrechtlichen Form, welche sich mit dem Uniongedanken „im Prinzip“ ebenfalls verträgt, in der Paris aber das Wesen der Union illusorisch machen würde. — Außer dem ungarischen Justizminister Herrn Witto dürften auch der Minister des Innern Lohy und der Kommunikationsminister Ludwig Tisza aus dem Kabinete scheiden.

**Wien, 8. Januar.** Der Adress-Ausschuß des Abgeordnetenhauses nahm in seiner heutigen Sitzung den vom Abg. Dr. Herbst verfaßten Adressentwurf an. Indem derselbe eine Paraphrase der Thronrede giebt, drückt er zunächst volles Vertrauen in die Verfassungstreue der gegenwärtigen Regierung aus, konstatiert, daß das Abgeordnetenhaus sich niemals der Ansicht verschlossen habe, daß die Staatsgrundgesetze ausreichende Mittel zur Geltendmachung berechtigter, auf Abänderung einzelner Bestimmungen derselben gerichteten Wünsche gewähren, daß aber Ansprüche vom Standpunkte der Verfassung aus nicht anerkannt und auf dem Wege der Verfassung nicht befriedigt werden können, welche die Staatsgrundgesetze für einzelne Königreiche für nicht verbindlich erklären, den-

selben ein böhmisches Staatsrecht gegenüber stellen und Böhmen die Stellung eines selbstständigen Staates vindiciren. Zwischen solchen Ansprüchen und der für Böhmen gleichfalls zu Recht bestehenden Verfassung gebe es keinen Ausgleich, keine Vereinbarung. Die Adresse giebt sodann der Ueberzeugung Ausdruck, die Befestigung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes könne nur dadurch erreicht werden, daß die Reichsvertretung in selbstständiger, von dem Belieben der Landtage unabhängiger Weise gebildet werde. Die dadurch bewirkte Kräftigung der Centralvertretung werde die Verstärkung über besondere Berücksichtigung Galiziens in Gesetzgebung und Verwaltung erleichtern und so diese Angelegenheit zugleich mit der Wahlreform zum endgültigen Abschluß bringen. Die Adresse bespricht hierauf eingehend alle in der Thronrede verheißenen Reformen und Gesetzentwürfe. Bezüglich der durch die Aufhebung der Konkordates nothwendig gewordenen Vorlagen erwartet die Adresse, daß dieselben geeignet sein werden, die Rechte der Staatsgewalt gegenüber der Kirche zu sichern und den Mißbräuchen des kirchlichen Einflusses zu steuern. Die Adresse verspricht eine eingehende Prüfung der finanziellen Vorlagen, sie betont die Nothwendigkeit, das Gleichgewicht im Staatshaushalte durch Vermeidung aller nicht dringenden Ausgaben herzustellen, sowie die Nothwendigkeit, die Benutzung des Staatskredits nur außerordentlichen Bedürfnissen vorzubehalten. Die Adresse stimmt der Absicht der Regierung zu, die Stellung des niederen Klerus zu verbessern, sie sieht jedoch das Mittel hierzu zunächst in der Handhabung und in der Reform der bestehenden Gesetze über die Besteuerung des geistlichen Vermögens und spricht die Ansicht aus, daß die Mitwirkung des Staates bei dieser Frage nur stattfinden könne, wenn das gegenwärtige System der Heranbildung der Seelsorger durchgreifend reformirt und die Einflußnahme des Staates auf die Besetzung der Seelsorgerprüfungen gesetzlich sichergestellt und erweitert wird.

**Wien, 9. Januar.** Sicherem Bernehmen zufolge steht binnen Kurzem ein umfassender Personenwechsel in der diplomatischen Vertretung Oesterreichs-Ungarns im Auslande bevor.

**Bern, 9. Januar.** Der Kanton Graubünden bewilligte die Summe von 4 Mill. Frs. als Subvention für die Splügenbahn. Seitens des Kantons Bern wurden 1,750,000 Frs., als Subvention für die Entlibuchbahn und 500,000 Frs. für die Brogeththalbahn bewilligt.

**Paris, 8. Januar.** Das Resultat der Ergänzungswahlen ist jetzt zu übersehen. Paris, Metziers, Nimes, Besancon, Orlan, Lille wählten 8 Republikaner, in Limoges, Chambéry, Amiens und Pau wurden 4 Konsevative gewählt, in Arras ein Bonapartist und in Draguignac, Marseille und Grenoble 4 Republikale.

**Paris, 9. Januar.** Graf Arnim überreichte heute um 2 Uhr Nachmittags in Versailles dem Präsidenten der Republik seine Beglaubigungsschreiben als Botschafter des deutschen Reiches. Der Empfang fand ohne feierliches Ceremoniell statt, da ein solches unter der gegenwärtigen Regierung nicht gebräuchlich ist. Nach der offiziellen Vorstellung machten Graf und Gräfin Arnim Besuche beim Präsidenten der Republik und beim Minister des Auswärtigen.

**Versailles, 8. Januar.** Auf den Vorschlag Thiers' beschließt die Nationalversammlung, die Berathung über die neuen Steuern mit der Besteuerung der Mobilitärverthe zu beginnen, demnach sich mit der Prüfung der Frage zu beschäftigen, ob es am Platze sei, die bestehenden Auflagen zu erhöhen, endlich in die Verhandlung über Besteuerung der Rohstoffe einzutreten. Die Berathung beginnt morgen. — Thiers sprach sich von Neuem gegen eine Besteuerung jeglichen Einkommens aus, hielt es für unmöglich, daß die Erhebung von Steuerzuschlägen von allen schon bestehenden Auflagen durchführbar sei und schloß damit, daß es unumgänglich nöthig sei, die Steuer auf Rohstoffe anzunehmen.

**Ville, 9. Januar.** Das nunmehr definitiv vorliegende Resultat der Ergänzungswahlen für die Nationalversammlung ergiebt im Departement Nord die Wahl von Dupont und Bergerot. Die Republikaner blieben mit 27 Stimmen in der Minorität.

**Rom, 5. Januar.** Nach dem Mailänder „Secolo“ hat die Provinzial-Deputation von Mailand den Minister der öffentlichen Arbeiten darauf aufmerksam gemacht, daß in der vom Bundesrathe genehmigten Konzession, die durch den Kanton Tessin zu führende Strecke der St. Gotthard-Bahn betreffend, die Vollenbung der Linie Lugano-Bellinzona erst für das Jahr 1880 festgesetzt sei. Der Mailänder Provinzialrath hat die Gewährung einer Unterstützung von einer Million Lire an die Bedingung geknüpft, daß die betreffende Strecke bis zum Jahre 1875 dem Betrieb übergeben werden könne, und ist nicht geneigt, von dieser im Interesse der Provinz gemachten Stipulation abzugehen.

**London, 9. Januar.** Der Sekretär Lord Granville hat dem Verein von Besitzern auswärtiger Bonds mitgetheilt, daß Lord Granville den englischen Botschafter in Wien angewiesen habe, in offizieller Weise mitzuwirken, um eine Regelung der Ansprüche der Besitzer österreichischer Bonds herbeizuführen. — Lord Loftus ist hier eingetroffen und gestern in Audienz von der Königin empfangen worden.

**Athen, 7. Januar.** Bulgari, welcher, wie bereits gemeldet, mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt ist, theilte in der heutigen Sitzung der Kammer mit, daß die Bildung des Ministeriums vollendet sei und aus folgenden Mitgliedern bestehe: Bulgari, Ministerpräsident und Auswärtiges, Nicolopoulos Inneres, Dracos Krieg, Vouboulis Marine, Mauromichopoulos Finanzen, Agamemnon Metarat Justiz und Notaro Kultus. — Das Ministerium ist aus der Fusion der beiden Kammerparteien Kommoduros und Bulgari hervorgegangen. — Eine Auflösung der Kammer wird auf Wunsch des Königs nicht erfolgen.

### Provinzielles.

**Stettin, 10. Januar.** Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung wurde vom Herrn Baurath Calebow als Alterspräsidenten eröffnet, auf dessen Veranlassen die Versammlung durch Erheben von ihren Eigen dem bisherigen Bureau für die Geschäftsleitung den Dank aussprach. — Bei der Neuwahl des Büreaus für dieses Jahr wurde zum Vorsitzenden Herr Saunier mit 41 von 42 Stimmen, zum Stellvertreter desselben Herr Dr. Wolff mit 37 von 44 Stimmen, zum Schriftführer Herr Grawitz mit 41 von 44 Stimmen und zum Stellvertreter desselben Herr Keil mit 41 von 42 Stimmen wieder gewählt. Die Gewählten, von welchen nur Herr Dr. Wolff nicht anwesend war, nahmen die Wahl dankend an. — Vor dem Eintritte in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in höchst ehren reicher Weise des verstorbenen Mitgliedes, Fischereimeisters Jacob, welcher bereits in den Jahren 1841—45 als Mitglied, dann von 1847—50 als Stellvertreter und dann wiederum vom Jahre 1851 ab bis zu seinem Tode als Mitglied der Versammlung angehört, sich stets als eifriger und pflichttreuer Stadtverordneter bewährt hat und namentlich auch in mehreren Kommissionen erfolgreich thätig gewesen ist. Redner schloß mit den Worten, daß das Andenken des Verstorbenen bei der Versammlung stets in Ehren bleiben werde und ehre letzter daselbe durch Erheben von ihren Eigen. — Zum Mitgliede der Deputation wurde Herr Heinrich Schulz vom Bureau vorgeschlagen, wogegen sich kein Widerspruch erhob. — Die Versammlung genehmigte den in Gemäßheit der Einführung des Normmaßes umgeänderten Tarif der Prämierung für die Legung von Granitplatten, Granitstufen etc., bewilligte eine Etatsüberschreitung pro 1871 von 32 Thlr. 20 Sgr. 7 Pf. zur Prämierung für Legung von Granittrinnen und eine Remuneration von 20 Thlr. pro 1872 für Beaufsichtigung der Bäume auf der städtischen Strecke der Faltenwalder Chausseestraße, lehnte dagegen das Gesuch des Schulwärters Kühl wegen Erstattung von 1 Thlr. 20 Sgr. für Berkleinern von Holz ab.

Die Versammlung nahm Kenntniß von dem Ergebnisse der diesjährigen Kommunal-Abgaben-Einschätzung. Es sind pro 1872 veranlagt 5909 Steuerzahler mit 10,453 Portionen à 12 Thlr. gegen 5266 Steuerzahler mit 9468 Portionen pro 1871, also mehr 643 Steuerzahler mit 985 Portionen gleich 11,820 Thlr. Einem früheren Beschlusse gemäß sind von diesem Jahre ab die Beamten der Privatgesellschaften anstatt nach den für Beamte vorgeschriebenen Prozentsätzen ebenfalls nach Portionen zur Kommunalsteuer veranlagt, es sind dies 310 Personen, von welchen 3288 Thlr. einkommen. — Die Versammlung bewilligte zum Ankauf des subastirten Krohn'schen Grundstücks vor dem Frauenthor die Summe des von städtischen Kommissarien im Termine abgegebenen Meißgebots von 35,000 Thlr. und genehmigte die Einstellung dieser Summe in das Extraordinarium des diesjährigen Etats. — Bekanntlich waren zum Umbau der Baumbrücke bereits früher 15,000 Thlr. bewilligt und ist diese Summe auch als Ausgabe in den diesjährigen Etat aufgenommen. Nach dem jetzt vom Magistrat vorgelegten und Seitens der Finanz-Kommission gutgeheißenen Projekt soll indessen von dem Umbau abstrahirt und dicht oberhalb der alten Brücke der Bau einer ganz neuen Brücke in Holz mit gepflastertem Belag, zwei Portalen, einem 40 Fuß breiten Schiffsdurchlaß und je 18 Fuß breiten Jochen ausgeführt und die alte Brücke zur Erspargung einer Ausgabe von ca. 8000 Thlr. als Nothbrücke benutzt werden. Die Versammlung billigt das Projekt vollständig und bewilligt die für den Neubau mehr veranschlagten 35,000 Thlr., lehnt indessen den Antrag des Herrn Reimarus, das Projekt vor dem Beginn des Baues auch dem Vorsteheramte der Kaufmannschaft zur Aeußerung mitzutheilen, ab. — In Folge einer besonderen Magistratsvorlage wegen Beschaffung der Mittel zur Ausführung des vorerwähnten Brückenbaues und zum Ankauf verschiedener Grundstücke (namentlich des Brunnischen Speichers, des Krohn'schen Grundstücks etc.), wozu nach den bisherigen Bewilligungen schon eine Summe von 119,000 Thlr. erforderlich ist, für welche Ausgaben der diesjährige Etat keine Deckungsmittel enthält, genehmigt die Versammlung: 1) daß die zum Brückenbau mehr erforderlichen 35,000 Thlr. durch Kreierung einer schwebenden, auf das Ordinarium der Jahre 1873, 74 und 75 zu vertheilenden Schuld gedeckt und 2) daß zur Deckung der übrigen, sowie etwa noch hinzutretender neuer extraordinären Ausgaben, schon jetzt eine 4. Serie Stadtobligationen Litt H. im Nominalwerthe von 100,000 Thlr. emittirt werde. Ueber den Zeitpunkt, wann und zu welchem Course die vor-

läufig nur zur Lombardirung dienenden Obligationen veräußert werden sollen, wird späterer Beschluß vorbehalten.

Am nächsten Mittwoch, den 17. d. Mts., Mittags 12 Uhr hält der „Stettiner Zweigverein der vomm. ökonomischen Gesellschaft“ im Hotel 3 Kronen seine Jahresversammlung ab. Zwei Stunden vorher tritt die zur Vorbesprechung der Frage des Zuchtviehmarktes erwählte Kommission zusammen.

Vorgestern Mittag ist der frühere hiesige Ober-Post-Direktor Spangler nach längerem Leiden in Berlin gestorben. Die Leiche desselben wird nach hier übergeführt und auf dem alten städtischen Kirchhofe beigesetzt werden. Tag und Stunde der Beerdigung ist indessen noch nicht bekannt.

Von Herrn Ludwig Knebler in Stralsund, dem Verfasser der dem Herrn Kriegs-Minister gewidmeten „Kriegsbilder und patriotischen Gesänge“, ist die zweite Rate des zum Besten der Invaliden bestimmten Reinertrages mit 20 Thlr. dem Kriegsministerium überwiesen.

Der Generalleutnant z. D. und General-Adjutant Sr. Maj. des Kaisers und Königs Graf v. Bismarck-Böhlen hat sich nach Carlsburg bei Jüßow in Vorpommern begeben.

Es kommen im Handel oberjähliche Tafelwaagen s. g. Roberval-Waagen vor, welche nicht richtig abgemessen sind, von verschiedenen Mäßen aber dennoch vorschriftswidrig geacht sind. Die Kaiserliche Mäßigungs-Inspektion hat sich deshalb veranlaßt gesehen, das Publikum vor dem Ankauf dieser Waagen zu warnen, da dieselben im öffentlichen Verkehr nicht benutzt werden dürfen.

### Konzert.

Das zweite Ullman-Konzert, welches gestern stattfand, war eben so stark besucht, als das erste. Außer den schon bekannten Künstlern und Sängerinnen traten in ihm zwei neue Mitglieder der Ullman'schen Gesellschaft auf, welche wir das erste Mal noch nicht gehört hatten. Während Herr Johannes Müller zwei Schubert'sche Lieder „Der Neugierige“ und „Ungebuld“ uns vortrug, spielte Herr Joseph Servais eine seiner eigenen Kompositionen. Er zeigte dabei in der Behandlung des Cello eine außerordentliche Virtuosität, wie ja das Stück nur geschrieben ist, um alle Vorzüge seines Spielers in das hellste Licht zu setzen. Die Komposition als solche erhob sich freilich nicht über die Mittelmäßigkeit und ließ trotz aller angebrachten Kunststücke doch Geist und Herz ziemlich kalt. Um so mehr fesselte uns dagegen das B-dur-Quartett von Mozart, welches von dem Florentiner Quartett-Verein in eben so sinniger wie zarter Weise gespielt wurden. Der Klang-effekt, welchen sie erzielten, war trotz der keineswegs günstigen Akustik des Saales ein oft fast wunderbarer, auch die Wahl des Quartetts eine höchst glückliche. Die von der Monbelli gesungenen zwei Arten aus der Rossini'schen „Semiramis“ und der „Nachtwandlerin“ von Bellini zeigten aufs Neue die ungemeine Liebllichkeit ihrer Stimme. Die Koloraturen der ersten perkten aus diesem Munde so rein und ansprechend hervor und klangen so weich an unser Ohr, das man nicht müde wurde, ihnen zu lauschen, während die frische Klangreiche Weise der letzteren nicht minder wohlthuend uns berührte. An Weichheit der Stimme möchte wohl schwerlich eine andere Sängerin mit der Monbelli wetteifern, selbst die des Frä. Bernadine Hamakers klingt im Vergleich zu dieser etwas hart. Dagegen übertrifft sie die Monbelli an Umfang und Stärke der Stimme. Mit wunderbarer Geschicklichkeit läuft sie von den tiefsten Lagen bis in die höchsten hinauf, geht sie vom sanftesten Piano in das stärkste Fortissimo über. Namentlich ihre erste Art aus der Oper „La Traviata“ von Verdi zeigte alle ihre Vorzüge im günstigsten Lichte, die sie im auffallenden Grade zu einer vorzüglichen dramatischen Sängerin befähigen müssen. Das eigentliche Virtuosenhum war wie das erste, so auch dieses Mal durch Pauline Fichtner und Frä. Comillo Livori vertreten. Die erstere spielte die Rätz'sche Transcription der Schumann'schen Widmung und die Weber'sche Aufforderung zum Tanz in korrektester, glänzendster Weise, wenn auch der Anschlag hier und dort wohl etwas zu kräftig war. Die beiden von Herrn Camillo Livori vorgetragenen Stücke La Melancolie von Prume und La Prière de Moise von Paganini bildeten mit die Glanzpunkte des ganzen Abends. Namentlich das erstere zeigte eine wirklich wunderbare und erstaunliche Geschicklichkeit des Spielers. Auch die Komposition sprach allseitig an. Wir entsinnen uns nicht, je eine ähnliche Leistung auf der Violine gehört zu haben. Zu bedauern war nur, daß das zweite Auftreten des Frä. Sivori und sein Spielen auf einer einzigen Saite mehr einem musikalischen Kunststücke als wirklichem Gemüthe gewidmet war.

### Bemischtes.

Vor Kurzem starb in Stamford-Street, Bladriars (London) eine hochbetagte Frau, Namens Reid, die ihrer erztrenischen Gewohnheiten und ihres beispiellosen Geizes wegen in ihrem Wohnbezirk eine bekannte Persönlichkeit und der Spott der Straßenjugend war. Sie galt als ziemlich wohlhabend und war Besitzerin einer ganzen Reihe von Häusern in genannter Straße, die aber, da sie nicht einen Pfennig für deren Instandhaltung ausgab, seit Jahren



Die Gewinliste der König Wilhelms-Letterie liegt zur Einsicht bereit. Kölner Dombau-Lose, Ziehung 11. Januar, habe ich noch abzulassen. Preis 1 Thlr.

**G. A. Kaselow,**  
Mittwochstraße 11-13.

**Homöopathischen  
Gesundheits-Caffee**

aus der Fabrik

von

**J. G. Weiss,**

empfohlen

von Herrn Dr. med. Loeck hieselbst,  
offerirt.

**Fr. Richter.**

**Russische Sardinien**

in vorzüglich feiner und pikanter Waare, in Fässchen von 10-11 Pfund, a Faß 1 Thaler, bei Partien billiger, empfiehlt angelegentlich

**Paul Vorwerk,**

Oberwiel Nr. 39.

An Auswärtige versende gegen Nachnahme.

**Holz und Kohlen**

offeriren billigt von unserem Lager vor dem Parnitzthor, wie frei vor die Thür durch unser Gespann.

Bestellungen im Comtoir oder auf unserm Hofe.

**Wedel & Müller.**

Comtoir:

Schulzenstr. 22, Eingang Heiligegeiststraße.



Eiserne und hölzerne Trockenmaße von 1 Hektoliter bis 1/2 Liter,

zinnerne, verzinnete, Eisenblech- und blecherne Flüssigkeitsmaße von 1/32 bis 1/4 Liter, eiserne und Messing-Gewichte von 1 Gramm bis 50 Kilogramm,

Waagebalken in allen Größen, sowie Decimalwaagen, Kellerwaagen und eine neue, ganz aus Eisen konstruirte patentirte Art Decimalwaagen in sehr gefälliger Form und gebiegender Arbeit, sämtliche Gegenstände geacht, offerire ich zu angemessenen billigen Preisen.

**G. A. Kaselow,**

Comtoir: Mittwochstraße 11-12.

Fabrik-Lokalitäten: Frauenstraße 15.

Neues

**türk. Pflaumenmuß**

in ganz vorzüglicher Qualität, offerirt in kleinen Gebinden und ausgewogen

**Wilhelm Pigard.**

Elegante und einfache **Ballkleider** und **Maskenanzüge** für Damen vermiethet  
**Auguste Knepel,**  
Hl. Domstraße 10a.

**Condensirte Milch,**

präparirt von der Anglo-Swiss-Condens-Milk-Company für Kinder als Ersatz der Muttermilch, sehr bequem für Haushaltungen, Reisende etc., sofort anwendbar durch einfaches Auflösen in Wasser, Thee, Caffee, Chocolate etc. — 1 Büchse (ca. 1 Pfd.) 10 Sgr., auf 12 B. 1 B. Rabatt, im General-Depot bei

**C. A. Schneider,**

Stettin, Rossmarkt- u. Louisestr.-Ecke.

**Wer an Husten,**

Brustschmerzen, Heiserkeit, Asthma, Blutspucken, Reiz im Kehlkopf etc. etc. leidet, findet durch den Waver'schen weissen

**Brust-Syrup**

sichere und schnelle Hilfe.  
Scht zu haben bei **Fr. Richter, Carl Stucken, H. Lewerentz** in Stettin.

**Die Dampf-Woll-Wäscherai**

von **Wilh. Lau**

in Arnswalde N.-M.,

Station der Oberschlesischen Eisenbahn, empfiehlt ihre nach **belgischem System** auf das **vollkommenste** eingerichtete Anlage Landwirthschaft und Fabrikanten zur geeigneten Beschäftigung.

**Die Weinhandlung von  
Fraissinet & Kaerber,  
Victoriaplatz 2,**

setzt zur Verkleinerung ihres noch sehr bedeutenden Lagers d-n Ausverkauf von **Weinen** etc. zu billigen Preisen fort und gewährt bei Abnahme grösserer Partien besondere Vortheile.

**Handelschule und kaufmännische Hochschule zu Gera.**

Am 4. April d. J. Beginn des neuen Schuljahres für die Handelschule (1-3-jähriger Kurs, 32-33 Stunden wöchentlich, für Jünglinge von 13-17 Jahren, auch mit praktischer Lehre) und die damit als obere Mittheilung in Verbindung stehende kaufmännische Hochschule (1-jähriger Kurs, 34 Stunden wöchentlich, Fortbildung für Aeltere als 17 Jahre, akademische Einrichtung; für solche, die kein Reifezeugniß beanspruchen, (Auswahl unter den Collegien gestattet), welche beide Schulabtheilungen für sich oder in Aufeinanderfolge frequentirt werden können. Pensionat.

Die Reifezeugnisse der Anstalt gelten, laut Bundesgesetzblatt Nr. 11 1870 als Qualifikationsatteste für den einjährig Freiwilligendienst in der Armee.

Näheres durch die Prospekte. — Auf Pensionstellen Reflectirende werden gebeten, ihre Anmeldungen möglichst bald zu effectuiren.

Gera, den 4. Januar 1872.

Direktor **Dr. Ed. Anthor.**

Den verehrl. Königl. Verwaltungsbehörden, Institutsvorständen, Gesellschaftsdirectionen, sowie den Herren Rechtsanwältten, Gutsbesitzern, Banquiers u. sonstigen Industriellen und Privaten offerirt porto- und spesenfreie Beforgung von Ankündigungen jeder Art zu Original-Tarifpreisen in sämtliche existirende Zeitungen des In- und Auslandes

**Rudolf Mosse,**

officieller Agent sämtlicher Zeitungen.

**Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Breslau, München, Nürnberg, Wien, Prag, Zürich, Strassburg.**

Sämmtliche Aufträge werden am Tage des Eintreffens sofort exact ausgeführt. Ein ständiges Verzeichniß sämtlicher Zeitungen nebst Original-Preis-Courant personele gratis und franco.

Der größere Theil der löbl. Behörden betraut bereits fortgesetzt obiges Institut mit der Beforgung ihrer Bekanntmachungen.

**Oscar Kropff & Co., Nordhausen (Thüringen),**

Fabrik technischer Maschinen und Apparate,

empfehlen für Apotheker, Conditoren, Gastwirthe, Destillateure etc. ihre vielfach prämirten Mineralwasser-Apparate ohne Gasometer, die bezüglich Leistungsfähigkeit und solider Konstruktion bisher unübertroffen sind, namentlich bedürfen dieselben weniger Bedienung, Kraft wie Zeit und ersparen 1/3 Material zur Erzeugung von Kohlenäure.

Gleichzeitig machen sie auf ihre Eismaschinen, um stündlich 15 bis 1000 Pfd. Eis zu erzeugen, sowie auf die vorzüglich konstruirten Bierwürzfäßl-Apparate und ganzen Einrichtungen für Bierbrauereien aufmerksam.

Prämirt: Gotha 1853, Paris 1855, Weimar 1861, Nordhausen 1862, Paris 1867, Wittenberg goldene Medaille 1869, Cassel erster Preis 1870.

Breitestraße Nr. 66.

Die **Musik-Instrumenten-Fabrik**

von

**C. H. Grimm**

in Stettin,

Breitestraße Nr. 66,

empfehl

ihr reichhaltiges Lager aller Arten

**Blas- und Saiten-Instrumente,**

unter Letzteren besonders eine bedeutende Auswahl **alter, gut abtirter Viollinen, Viola, Celli und Contrabäss**, ebenso

**Bogen** und sämtliche Utensilien für genannte Instrumente.

Pauken, deutsche, japanesische und türkische Becken, Triangeln, Holz-, Musik- und Turnertrommeln, Signalhörner und Pfeifen für Turner.

Grösstes Lager aller Arten

**Accordeons (Zieh-Harmonica) und Mund-Harmonica,**  
zu Fabrikpreisen,

**Deutsche und echt italienische Instrumenten-Saiten,** aus den renomirtesten Fabriken in stets frischer Waare.

**Drehschüre für Spinnräder, Drehbänke, und Maschinen sowie für Uhr- und Handschuhmacher.**

Grösste Werkstatt für Reparaturen an allen Arten von Instrumenten.

Breitestraße Nr. 66.

**„Liebig-Liebe's Nahrungsmittel in löslicher Form“**

Es ist dieses Präparat die sogenannte **Liebig'sche Suppe,**

im Vacuumapparate zur **Extractconsistenz** gebracht. Ein Esslöffel desselben mit 18 Esslöffel guter, abgekochter, lauwarmen Milch durch mehrmaliges Umrühren gelöst, giebt sofort (ohne das die gleichmäßig gute Wirkung so leicht gefährdende und umständliche Kochen) die Liebig'sche Suppe. Mit abgekochtem Wasser nach Vorschrift verdünnt, resultirt eine liebliche schmeckende, von Säuglingen stets gern genommene Mischung, welche **der Muttermilch analog zusammengesetzt ist.**

Die Suppe ist also jeden Augenblick des Tages und der Nacht trinkfertig herzustellen. Für eine sorgende Mutter fordert es gewisslich eine große Ueberwindung, zur Ernährung ihres Lieblinges ein Präparat zu erwählen, das sie noch nicht kennt. Tausende von Aeltern können sich nicht trennen von den althergebrachten irrationalen aufziehweisen. Wie schwer entschloss man sich zu nur einem Versuch mit dem Präparat — Täglich kommen noch Verwechselungen mit den in den Handel gebrachten **Liebig'schen Nahrungspulvern, Kindermehl,** sowie mit dem an Blutbildern und Phosphaten ungleich ärmeren sogenannten **Liebig'schen Malzextrakt** vor. Unter dem mannigfachen Schwindel, welchen unsere Zeit an Heilmitteln hervorgebracht, sodaß das Publikum schliesslich nicht mehr weiss, welche es wählen soll, find't sich hier auch einmal etwas **wahrhaft Gutes,** kein Universalmittel, aber ein durchaus reelles, den angekündigten Zweck voll auf erfüllendes Heil- und Nahrungsmittel. Das beweisen die überraschenden Resultate desselben, wie es denn auch sowohl von den **Stettiner** wie **auswärtigen Aerzten** gern und überall mit Erfolg verordnet wird. Preis pro Flasche (ca. 2 1/2 Pfd.) **12 Sgr., auf 12 Fl. 1 Fl. Rabatt.**

Zu haben im General-Depot bei **C. A. Schneider,** Stettin, Rossmarkt- und Louisestrassen-Ecke.

Niederlagen: in Stettin bei **H. Lümmelbirt,** Grabow a. O., bei Apotheker **Hoffmann** Stralsund, bei Apotheker **H. Just,** Bärwalde i. P., bei **Carl Falz,** Swinemünde bei Apotheker **Marguardt,** Greifenberg i. P., bei **Alexander Grass,** Franzlau bei **H. Heydebreck,** Anklam bei **Ernst Neidel,** Demmin bei **F. Rimpeter.**

**Heger's aromatische  
Schwefel-Seife,**

vom Königl. Kreis-Physikus Dr. Alberti erfahrungsmäßig wegen der bekannten günstigen Wirkung des Schwefels auf die Haut als ein wirkungsvolles Hautverschönerungsmittel bei Sommerprossen, Flechten, Hautausschlägen, Reizbarkeit eisernen Gliedern, Schwäche und sonstigen Hautkrankheiten empfohlen.

Original-Packete a 2 Stück 5 Sgr.

**Dr. v. Graefe's**

nervenstärkende, den Haarwuchs befördernde

**Eis-Pommade,**

in Flaschen a 12 1/2 Sgr., verleiht dem Haare Weichheit, Leichtigkeit und Glanz, wirkt färbend auf die Kopfhaut und befördert zuverlässig das Wachstum des Haares. Für die Wirksamkeit garantiert Ed. Nidel, Berlin.

Depot in Stettin nur allein bei **Lehmann & Schreiber,** Kohlmarkt 15.

**Jodtampfer,**

bestes u. sicher wirkendes Mittel gegen **Gicht, Rheuma, Frostbeulen, Ueberbeine, dicken Hals, Sommerprossen u. Leberflecke** empfiehlt die Adler-Apotheke zu **Lissa, Polen.** 3. bez. d. **A. Schneider,** Stettin, Rossmarkt- u. Louisestr.-Ecke. Fl. 25 und 12 1/2 Sgr.

**Hamburger Keller!**

Unter dieser Firma zeige hiermit die Eröffnung des früheren

**Ostender Keller**

im Piorkowski'schen Hause am Kohlmarkt ergebnis an.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, bei ganz vorzüglicher Küche die mich beehrenden Gesellschaften mit allen Delikatessen, der Jahreszeit angemessen, vorzüglichem Weine und echtem Biere aufwarten zu können.

Die größere Halle und die kleinen Salons sind sämtlich neu restaurirt und alles höchst komfortable und mit Geschmack eingerichtet.

Comit empfehle ich mein Unternehmen dem Wohlwollen eines hochverehrten Publikums auf das Angelegentlichste **L. Kraft.**

**Wichtig für Geschlechtsleidende.**

Dr. Richard's Lebenspillen für geschwächte Mannbarkeit, Pollutionen, Weißfluß etc. 2 Thlr., 1/2 Dosis 1 Thlr. Leidenden jeder Art vermittelt Hilfe **C. Reiffe,** Spezialist, Thonberg—Leipzig.

**Internationales Stellen- und Zeitungs-Annoncen-Vermittlungs-Bureau v. Aug. Froese** in Danzig.

Für eine Chemische Dünger-Fabrik wird **ein junger Mann,**

der kaufmännisch gebildet, zum sofortigen Antritt gesucht. Solche, die in der Dünger-Branche erfahren sind, erhalten den Vorzug.

Franko-Adressen befördert sub **C. 483** d. Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse** in Berlin.

Zur Erleuchtung der Landwirtschaft wird für ein Gut in der Nähe Stettins ein junger Mann gesucht. Näheres bei **Wilhelm Pigard,** Breitestraße 61.

**80 bis 100 geübte Dreher**

und Arbeiter für Werkzeugmaschinen in der Dreherei, sowie 40 bis 50 Arbeitsleute für Lohn- und Akkordarbeit finden bei gutem Verdienste dauernde Beschäftigung in der

**Hannoverschen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft** vormals **Georg Eggestorff,** Linden vor Hannover.

Ein tüchtiger, energischer **Ober-Inspektor,**

mit den besten Zeugnissen versehen, bisher in Ost- u. Westpreußen thätig, sucht eine neue Stellung. Antritt am Wunsch bald oder später. Gefällige Offerten sub Adressat Lieutenant a. D. v. **Mehrels,** Stopp, Invalidenhaus.

Ein luth. Candidat der Theologie (Hannoveraner), nicht militärisch, sucht Oden eine Hauslehrstelle. Offerten unter **M. H. B.** durch **Carl Schüssler's** Annoncen-Expedition in Hannover erbeten.

Ein i. Mann, welcher 4 Jahre in einem Berliner Damen-Mantel-Geschäft geleitet hat, wünscht eine Stelle (bei Zudeh) unter sehr bescheidenen Ansprüchen, gleichviel welche Branche. Adressen in d. Exped. d. Bl. unter **S. Steinhausen.**

Ein tüchtiger Dekonon, 38 Jahre alt, welcher als Oberverwalter in den renomirtesten Wirtschaften der Provinz Sachsen fungirte, und mit den besten Zeugnissen versehen sucht veränderungshalber in Pommern zum 1. März 1872 anderweitige Stellung.

Reflectirende Herren Principale erfahren Näheres unter Chiffre **M. P.** in der Expedition dieses Blattes.

Für eins der bedeutendsten **Confektions-Geschäfte** der Provinz Westpreussens wird ein im Zuschneiden und Einrichten **vollkommen geübte**

**Directrice**

unter **günstigsten Bedingungen** zu engagiren gewünscht. Antritt möglichst sofort. Offerten befördert sub **F. 486** die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse** in Berlin.

**Stadt-Theater.**

Donnerstag. Letztes Gastspiel der Königl. Preuss. Schauspielersin Frau **Luise Wolf.** **Gustav Wolf** über! **Mack** für **Mack.** Schauspiel in 5 Acten von Bernhard Scholz.